



„Kann man den Tod unzähliger Kinder feiern?“

Wer abtreibt, tötet menschliches Leben. Diese Überzeugung vertritt die Zürcher Kantonsrätin Maria Rita Marty. Darum setzt sie sich an vorderster Front für die beiden eidgenössischen Volksinitiativen „Einmal darüber schlafen,“ und „Lebensfähige Babys retten“ ein. Dass am 1. Oktober das Jubiläum „20 Jahre Fristenlösung“ begangen wurde, ist für die 60-jährige Juristin überhaupt kein Grund zum Feiern. Von Andrea Vonlanthen

IDEA: Mit welchen Medien informieren Sie sich regelmässig?

Maria Rita Marty: Ich bin mehrsprachig und informiere mich vielseitig mit Medien aus dem Ausland und aus der Schweiz, hier vor allem mit der „Weltwoche“, dem „Nebenspalter“ und regionalen Zeitungen. Ich lese auch den „Tages-Anzeiger“ und die „Neue Zürcher Zeitung“.

Wie nehmen Sie die Medienberichte zum Thema „Abtreibung“ wahr?

Von vorneherein wird eine Konditionierung des Lesers gemacht. Wer sich gegen die Abtreibung engagiert, wird sehr negativ dargestellt. Wir möchten ja Leben retten, und zwar das Leben des Kindes und das

Leben der Mutter. Wir möchten Müttern in schwierigen Lagen deutlich machen, dass sie nicht alleine sind und dass sie nicht aufgrund von äusserem Druck abtreiben müssen.

Wie erklären Sie sich die fast durchwegs ablehnende Haltung der Meinungsmedien?

Viele Medienleute sind schlecht informiert darüber, was eine Abtreibung ist und wie sie sich abspielt. Hier geht es nicht einfach um einen Zellklumpen. Es geht um ein menschliches Wesen, das Schmerzen spürt und dessen Leben auf brutalste Art beendet wird. Wenn diese Journalisten wirklich informiert wären und

nicht so stark beeinflusst würden von der Abtreibungs-Lobby, würden sie anders schreiben. Diese Lobby geht sehr nötigend und gewaltbereit vor. Man sah das jetzt wieder beim „Marsch fürs Läbe“. Wäre die Polizei nicht so stark präsent gewesen, hätte es möglicherweise Tote, mit Sicherheit aber Schwerverletzte gegeben.

Am 1. Oktober waren es 20 Jahre her, seit die Fristenregelung in der Schweiz eingeführt wurde. Wie ist Ihnen zumute bei diesem Jubiläum?

Bei der damaligen Gesetzesänderung ging es der Abtreibungs-Lobby eigentlich gar nicht um die Fristenlösung, das heisst um die zwölf Wochen, in denen man ohne Arzt-

zeugnis abtreiben kann. Es ging ihr vor allem um die Änderung von Absatz 1 des Artikels 119 des Strafgesetzbuches, die gleichzeitig eingeführt, aber nie thematisiert wurde. Aufgrund dieser Änderung kann man in der Schweiz mit einem einfachen Arztzeugnis bis zur Geburt abtreiben. Man geht einfach zum Arzt – nicht zum Psychiater – und sagt, man sei in einer Notlage. Vor 2002 brauchte es ein Gutachten eines Psychiaters, jetzt genügt ein Arztzeugnis, welches ohne weiteres ausgestellt wird, wenn sich die Frau in einer Notlage fühlt, weil zum Beispiel der Kindsvater abgehauen ist.

Und jetzt wird das Jubiläum „20 Jahre Fristenlösung“ gefeiert ...

Ich weiss nicht, wie man den Tod von unzähligen Kindern und das Leid vieler Mütter feiern kann! Viele Frauen treiben unter Druck ab und bereuen dies später zutiefst. Ich begreife auch nicht, dass man so scheinheilig sein kann. Die gleichen Personen, die sich für die berechtigten Anliegen des Tierschutzes einsetzen, wollen bei den Menschen den Schutz völlig aufheben.

Nun engagieren Sie sich an vorderster Front für die beiden Volksinitiativen „Einmal darüber schlafen“ und „Lebensfähige Babys retten“. Worum gehts bei der Initiative „Einmal darüber schlafen“?

Bei dieser Initiative habe ich zusammen mit Nationalrätin Andrea Geissbühler das Co-Präsidium. Wenn man beim Frauenarzt ist und erfährt, dass man mit Sicherheit schwanger ist, kommt oft die Frage auf, ob man abtreiben will. Will man dies, wird gleich die Abtreibungspille abgegeben oder der Abtreibungstermin festgelegt. Dabei gäbe es so viele Angebote der Hilfe, auch finanzielle und seelische Hilfe. Wir möchten erreichen, dass die Frauen nach einem solchen Bescheid zuerst einmal 24 Stunden Bedenkzeit haben und vor allem die Broschüren der Hilfsorganisationen erhalten. Erst danach sollen sie einen definiti-

ven Entscheid treffen. Ein solcher Bedenktag könnte viele Kinder retten.

Und was will die Initiative „Lebensfähige Babys retten“?

In der Schweiz ist es ohne Probleme möglich, bis zur Geburt abzutreiben. Man muss einfach zum Arzt gehen und eine Notlage vorbringen. Dann bekommt man sofort, ohne weitere Abklärungen, ein ganz normales Arztzeugnis, kein Gutachten! Wir haben das liberalste Abtreibungsgesetz weltweit. Dabei sind Babys ab der 24. Woche lebensfähig. Diese Initiative sieht nun Massnahmen zum Schutz des menschlichen Lebens in den letzten Schwangerschaftswochen vor der Geburt vor.

Welche Argumente der Abtreibungs-Lobby stören Sie am meisten?

Es stört mich, wenn so getan wird, als würde die Abtreibung mit unseren Initiativen verboten. Sie ist weiterhin bis zur 24. Schwangerschaftswoche ohne weiteres erlaubt. Auch stört mich das Argument, dass das ungeborene Kind ein Teil des Körpers der Frau sei. Es ist ein anderer Körper, der stirbt, nämlich der Körper des Kindes. Ausserdem stört mich, dass die Gegner nicht realisieren, dass viele Frauen gar nicht abtreiben wollen. Sie machen das nur aufgrund des Druckes von aussen.

Gemäss Medienberichten spricht sogar der Papst von „Auftragsmord“. Doch Abtreibung ist nach dem Gesetz nicht Mord. Was sagen Sie als Juristin dazu?

Die Abtreibung ist im Strafgesetzbuch bei den Tötungsdelikten eingereiht. Das Gesetz spricht von „Schwangerschaftsabbruch“. Das ist ein anderes Delikt als Mord. Ausserdem sind die Ärzte keine Auftragsmörder, sondern auch die Opfer der Abtreibungspraxis, denn sie sind gezwungen, diese Handlungen vorzunehmen. Es gibt sicherlich Ärzte, die nur eine grosse Einnahme-

quelle sehen und damit keine Mühe haben. Aber ich weiss, dass insbesondere die Tötung von überlebenschfähigen Kindern eine extreme Belastung für die ausführenden Ärzte sein kann.

Die zentrale Frage bleibt: Wann ist ein Mensch ein Mensch?

Wissenschaftlich ist heute klar festgelegt, dass das menschliche Leben bei der Befruchtung beginnt. Menschliches Leben ist ein Mensch, kein Tier.

Um die Abbruchrate zu senken, brauche es eine „ganzheitliche Sexuaufklärung“ an den Schulen und eine kostenlose Verhütung, sagt „Sexuelle Gesundheit Schweiz“. Ein zweckmässiger Ansatz, um Abtreibungen zu verhindern?

Grundlegend ist die Aufklärung unserer Jugend. Wie Sex funktioniert, muss man ihr nicht mehr sagen. Es sollte eine Aufklärung im Lichte der Embryologie geschehen, also Aufklärung über die Entwicklung des menschlichen Lebens. Jede Person, der klar wird, dass bei einer Abtreibung ein menschliches Leben vernichtet wird, ist eher bereit, einen anderen Weg zu gehen, sei es bei der Verhütung oder beim Entscheid über eine Abtreibung. Für mich ist Verhütung eine Option.

Der Jugend also kostenlos Pillen und Kondome abgeben?

Das würde ich nicht grundsätzlich tun. Es gibt viele junge Leute, die sich eine Verhütung finanziell durchaus leisten können. Die Gemeinschaft soll nicht einfach für alles zur Kasse gebeten werden.

„Sexuelle Gesundheit Schweiz“ unternimmt alles, um die Streichung der Abtreibung aus dem Strafgesetzbuch zu erreichen. Warum soll Abtreibung aber eine Straftat bleiben?

Weil hier ganz klar menschliches Leben getötet wird. „Sexuelle Gesundheit Schweiz“ gibt übrigens an unseren Schulen sehr



umstrittene Broschüren ab. Eine sehr dubiose Art der Aufklärung, die nur dahin ausgerichtet ist, Zwölfjährigen eine Anleitung zu sexuellen Handlungen zu geben. Hier wird die sexuelle Integrität von Kindern gefährdet.

Wer wie Sie engagiert das „Recht auf Leben“ einfordert, wird oft übel verleumdet. Wie kommen wir zu einer einigermassen sachlichen Diskussion?

Leute, die wirklich informiert und aufgeklärt sind, können auch sachlich mitreden. Ich würde es begrüssen, wenn die Medien sich über die Entwicklung des ungeborenen Lebens und den Inhalt der Initiativen selber besser informieren. Ich hoffe schon, dass unsere Meinungsmedien mit der Zeit einen Funken Ethik in sich spüren und sich nicht mehr durch die Abtreibungs-Lobby so unsachgemäss beeinflussen lassen.

Feministische Kreise brüsten sich damit, keine Kinder zu haben. Warum soll man sich trotz schwieriger Wirtschaftslage und Klimanot noch für Kinder entscheiden? Weil es ein Menschenrecht ist, selbst

Deutlich weniger als die Hälfte

Je 100 000 Unterschriften braucht es, damit die beiden Initiativen zustande kommen. Deutlich weniger als die Hälfte ist bis jetzt zusammen. Dies erklärt Dominik Muggler vom Verein Mamma, der im Auftrag der Initiativkomitees die beiden Initiativen administrativ begleitet. „Trotz der beträchtlichen Zahl der bereits gesammelten Unterschriften ist noch ein gewaltiger Einsatz nötig“, betont Muggler. Die Sammelfrist läuft am 21. Juni 2023 ab, also in knapp neun Monaten.

🔗 www.einmal-darueber-schlafen-initiative.ch | www.lebensfaehige-babys-retten-initiative.ch

zu entscheiden, ob man eine Familie gründen und Kinder haben will. Sollte dieses Recht eingeschränkt werden, wäre es das typische Merkmal eines totalitären Staates. Letztlich geht es diesen Kreisen um die Zerstörung der Familie, der Gesellschaft und aller Werte. Und insbesondere um die Sexualisierung der Kinder.

Sie bezeichnen christliche Werte als Grundlage Ihrer Politik. Wie kommen Sie zu diesen Werten?

Mein Fundament ist klar die Bibel. Die Bibel und das Christentum sind auch die Grundlagen unserer Demokratie und die Basis der Verankerung unserer Menschenrechte in Verfassung und Gesetz. Es ist die einzige Religion, die sich dafür ausspricht, dass alle Menschen gleich sind.

Was verstehen Sie unter christlichen Werten?

Die christlichen Werte hole ich aus dem, was Jesus gelehrt hat. Ich masse mir nicht an, so gutmütig und barmherzig zu sein wie Jesus. Ich rege mich oft auf. Doch auch Jesus hat sich aufgeregt und einmal mit der Peitsche reagiert. Für mich bedeuten christliche Werte vor allem auch, allen Menschen mit Respekt zu begegnen. Diesen Respekt vermissem ich sehr stark, wenn ich an die Abtreibungsfrage denke.

Sie gehörten einmal der EDU an. Warum politisieren Sie als gläubige Politikerin nicht mehr in einer christlich geprägten Partei?

Ich gehörte früh der SVP an, schon 1993. Ich habe die EDU noch gar nicht gekannt, als ich 2014 angefragt wurde, auf ihrer Kantonsratsliste zu kandidieren. 2019 bin ich aus persönlichen Gründen aus der EDU ausgetreten und wieder in die SVP eingetreten. Im Kantonsrat hat sich nichts geändert, da EDU und SVP eine gemeinsame Fraktion bilden. In unseren Initiativkomitees hat es auch mehrheitlich SVP-Nationalräte. Ich erlebe die Basis der SVP als mehrheitlich christlich. Es gibt dort

auch viele freikirchliche Leute wie mich.

Was unterscheidet eine christliche Politikerin von der breiten Masse der Politiker?

Der Christ wird bewusst auf der Basis von christlichen Werten politisieren. Für mich ist ganz wichtig, dass der Mensch respektiert und geschützt wird, ganz im Sinne der Präambel unserer Bundesverfassung. Dazu gehören speziell auch die Kinder und die alten Personen. Da sehe ich von linksextremer Seite eine grosse Gefährdung.

Was wollten Sie Ihren Kindern mitgeben auf Ihren Lebensweg?

Für mich war immer klar, dass ich die Zeit, die ich mit meinen Kindern verbringen konnte, nie mehr nachholen kann. In wollte ihnen die Schönheit der Natur vermitteln, sie sollten Velofahren und Schwimmen lernen. Mir war es sehr wichtig, dass unsere Kinder draussen aufwachsen und spielen dürfen. Ich habe versucht, ihnen Werte zu vermitteln, nicht allein mit Worten, sondern durch Taten. Werte vermitteln hat für mich immer mit der Vorbildfunktion zu tun.

Was raten Sie jungen Christen, die sich ein politisches Engagement vorstellen könnten?

Ich rate ihnen auf alle Fälle zu einem politischen Engagement. Dazu haben wir als Christen eine Pflicht, insbesondere heute, da gewisse Kräfte die sexuelle und psychische Integrität von Kindern massiv angreifen.

Wie erleben Sie grundsätzlich das politische Interesse unter Christen?

Gerade während der Pandemie sind viele Personen aufgewacht, da sie gemerkt haben, dass die Politik sehr vieles bestimmt, bis in ihr engstes Privatleben hinein. Politik bestimmt nun sogar, wie warm es in unserem Wohnzimmer sein darf. Wer sich nicht an den Wahlen und Abstimmungen beteiligt, bringt sich selbst um ein grosses Recht und lässt sich

fremdbestimmen. Auch die Religionsfreiheit hängt von der Politik ab. Viele Christen wollen noch nicht wahrhaben, dass es in der Schweiz starke politische Kräfte gibt, die das Christentum auslöschen möchten.

Sollte eine Pfarrerin oder ein Pastor selber ein politisches Amt ins Auge fassen?

Der Pfarrer soll sich grundsätzlich auf die Verbreitung des Evangeliums konzentrieren. Er soll sich für die christlichen Werte einsetzen und so die Politiker, welche sich tatsächlich für diese Werte einsetzen, unterstützen. Doch ich sehe heute, dass es im Kanton Zürich Pfarrer und Pfarrerrinnen gibt, die die grösste Gefahr für das Christentum sind, da sie mit linksextremen Kreisen gemeinsame Sache machen.

Sie sprechen sich für eine Stärkung der christlichen Werte in der Schule aus. Wie soll das geschehen?

Im Moment ist es bei uns so, dass in der Schule alles erlaubt ist, ausser christliche Werte zu vermitteln. Der Unterricht ist vielfach nicht mehr neutral. Es werden familienzerstörende und gesellschaftsgefährdende Ideologien verbreitet, anstatt Wissen zu vermitteln. Daher wird immer mehr Homeschooling oder der Besuch einer Privatschule in Betracht gezogen.

Was lässt sich dagegen tun?

Es gilt, wieder Werte und Wissen zu vermitteln. Unsere Werte basieren

auf dem Christentum. Werte zu vermitteln hat nichts mit Missionieren zu tun, denn die Schule sollte neutral sein. Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Verfassung auf dem Christentum beruht, wie dies aus der Präambel zu ersehen ist. An den Schulen dürfen keine schädlichen Ideologien verbreitet werden. Wird dies gemacht, sollten Aufsichtsbeschwerden eingereicht werden.

In Safenwil wurde kürzlich ein Lehrergebet im Schulhaus aus Rücksicht auf skeptische Eltern abgeschafft. Verstehen Sie diese Rücksichtnahme?

Das ist eine klare Verletzung der Religionsfreiheit. Auf dieses Gebet im Schulhaus hätte man seitens der Lehrerschaft nicht verzichten sollen.

Was hilft Ihnen der Glaube in Ihrem Leben?

Ich glaube nicht – ich weiss. Ich weiss, dass ich mich immer an Gott wenden und alles mit ihm besprechen kann. Ich weiss, dass er mir beisteht und mir Kraft gibt, wenn ich nicht mehr mag. Und er gibt mir Liebe, auch gegenüber denen, die mir weniger gut gesinnt sind. Er hilft mir, nicht bitter zu werden und immer wieder mit Freude ans Werk zu gehen.

Wofür haben Sie Gott heute schon gedankt?

Für alles! Mein Gebet beginnt immer mit Dank. Dann werden die Probleme kleiner.



Maria Rita Marty

Maria Rita Marty, Jahrgang 1962, aufgewachsen im Glarnerland, verheiratet, drei erwachsene Kinder, ein Enkel (bald zwei), wohnhaft in Gutenswil, Gemeinde Volketswil ZH. 1983–1986 Studium der Elektrotechnik an der ETH Zürich. Widmete sich ab 1990 mit Freude der Tätigkeit als Mutter und Familienfrau, bevor sie 2007 wieder die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Zürich besuchte und 2009 als lic. iur. abschloss, danach Spezialisierung in Medizinrecht. Seit 2009 als Juristin in einer Anwaltskanzlei tätig. Seit 2017 Mitglied des Zürcher Kantonsrates. Co-Präsidentin des Initiativkomitees „Für einen Tag Bedenkzeit vor jeder Abtreibung“, Mitglied des Initiativkomitees „Für den Schutz von ausserhalb des Mutterleibes lebensfähigen Babys“. Besucht seit 2001 das ICF in Zürich.

REKLAME

PRO LIFE

Das **Leben** lieben.

MEIN VEREIN FÜRS LEBEN.

prolife.ch

PRO LIFE KRANKENKASSEN LÖSUNGEN

PRO LIFE VERSICHERUNGS TREUHAND

PRO LIFE FAMILY